



Europa im Wahlkampf

Seite 1/4

Europa ist in Frankreich kein populäres und wählermobilisierendes Wahlkampfthema, insbesondere seit dem Scheitern des Referendums über die Verfassung für Europa im Jahr 2005. Lediglich Emmanuel Macron schaffte es 2017, die Europa-Thematik zu einem Schwerpunkt seiner Kampagne und einem „Kennzeichen“ seiner Politik zu machen. Auch für das Wahljahr 2022 schienen europapolitische Themen kaum relevant. Die Invasion der Ukraine mischte die politischen Karten jedoch neu; internationale und europäische Themen sind nunmehr Teil der Wahlkampfdebatten. Der Ukrainekrieg, Frankreichs Rolle in der Welt und europapolitische Fragen werden von den Wählern unter den Top 17-Themen genannt, die ihre Wahlentscheidung beeinflussen könnten.¹

Emmanuel Macron - ein bekennender Pro-Europäer

Seit seiner Wahl im Jahr 2017 hat Präsident Emmanuel Macron immer wieder seine Verbundenheit mit der EU demonstriert und versucht, seinen Projekten eine konkrete europäische Dimension zu verleihen. Seit seiner Sorbonne-Rede scheint er der „europäischen Idee“ in Frankreich neues Leben eingehaucht zu haben. Mit der Fortsetzung seines „proeuropäischen“ Kurses seit 2017 ist er auch im Wahljahr 2022 der einzige Präsidentschaftskandidat, der Europa und der EU in diesem Ausmaß Raum in seinem politischen Projekt einräumt: Europa wird 18 Mal im 24-seitigen Programm genannt (die anderen Kandidaten beziehen sich lediglich auf die letzten Seiten ihres Programms auf Europa) (siehe Wahldossier „[Der Kandidat Emmanuel Macron](#)“). Macron fordert eine Europäische Union, die in Wirtschafts-, Klima-, Verteidigungs- und Forschungsfragen souveräner ist und ihre Position in der Welt stärker behauptet:

Umwelt

- Einführung einer Kohlenstoffsteuer an Europas Grenzen zur Förderung eines fairen Wettbewerbs.

Kultur

- Investitionen, um die europäische virtuelle Welt „Metaverse“ aufzubauen und kulturelle Virtual-Reality-Erlebnisse anzubieten, wobei Urheberrechte und verwandte Schutzrechte geschützt werden müssen.

Migration

- Bessere Kontrolle der Einwanderung, Vollendung der Schengen-Reform zur Stärkung unserer europäischen Grenzen.

Verteidigung

- Sicherung der strategischen Autonomie durch die Festlegung einer gemeinsamen Doktrin, eine erhebliche Verstärkung der Kapazitäten der europäischen Armeen und deren Koordinierung

¹ Meinungsforschungsinstitut ELABE, Stand 2. April 2022

Valérie Pécresse - patriotisch und europäisch

„Patriotisch und europäisch, ich werde die Stimme eines starken Frankreichs in einem starken Europa tragen“ kündigt die Präsidentschaftskandidatin des bürgerlich-konservativen Lagers in der Einleitung ihres Wahlprogramms an. Insbesondere in zentralen strategischen Wirtschaftsbereichen hebt Valérie Pécresse den Mehrwert der EU hervor:

Industrie

- Schaffung nationaler und europäischer Champions in den Zukunftsbranchen: Autonome Fahrzeuge, künstliche Intelligenz, Raumfahrtindustrie, usw.
- Stärkung der Verteidigungsindustrie durch Innovation und öffentliche europäische Aufträge.

Wiedererlangung digitaler Souveränität

- Ausbildung von einer Million „digitaler Talente“ bis 2030: Schaffung einer Nationalen Digitalen Schule, Umschulung von 50.000 Beamten, öffentliche Aufträge für französische oder europäische Software.

In den Themenbereichen Migration, Klima und Verteidigung fordert sie wiederum eine klare europäische Linie ein, um den Schutz der Franzosen und Europäer sicherzustellen:

- Ein Europa, das seine Grenzen kontrolliert: Neuverhandlung von Schengen; Stärkung von Frontex durch die Einstellung von 10.000 zusätzlichen Grenzschutzbeamten.
- Ein Europa, das schützt: eine Kohlenstoffsteuer an den Grenzen, ein starkes, in der NATO geeintes Europa mit einer autonomen Verteidigungsfähigkeit.

Es ist auffällig, dass Pécresse explizit auf die Türkei als EU-Beitrittskandidat eingeht. Sie fordert, dass die Verhandlungen durch die EU definitiv eingestellt werden sollten und greift hiermit eine Debatte auf, die prioritär von Nicolas Sarkozy im Wahlkampf 2007 vorangetrieben wurde.

Im Themenbereich Kaufkraft, welches von der französischen Bevölkerung als zentrale Herausforderung und wahlbestimmend definiert wird, grenzt sich Valérie Pécresse von der EU ab und fordert ein, dass sich die französischen Strompreise nicht mehr nach den europäischen Marktpreisen richten sollen.

Ebenfalls patriotische Töne schlägt sie in Hinblick auf die Frankophonie ein: „Die Frankophonie ist eine Chance: Ich werde sie in Europa und in der Welt, wo wir 300 Millionen Frankophone haben, stärken.“

Sozialisten und Ökologen wenden sich entschlossen Europa zu

Der grüne Präsidentschaftskandidat Yannick Jadot (Europe écologie - Les Verts, links) ist derzeit Europaabgeordneter. Sein Programm ist wie zu erwarten detailliert auf europäische Themen ausgerichtet. Er ist der einzige unter den Kandidaten, der sich für den Föderalismus ausspricht (abgesehen von der linksextremen Kandidatin Nathalie Arthaud, die die Schaffung der „Sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa“ fordert).

Wie Emmanuel Macron fordert er eine stärkere Anwendung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung (insbesondere in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik). Er wünscht sich außerdem eine Stärkung der europäischen Kompetenzen im Umweltbereich, mehr Ressourcen für die EU und eine Ausweitung der Befugnisse des Europäischen Parlaments.

Die derzeitige Bürgermeisterin von Paris, Anne Hidalgo (Sozialistische Partei, links), ist grundsätzlich pro-europäisch. Sie möchte eine größere Autonomie für die EU erreichen (Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips im Rat der Europäischen Union, gemeinsame Initiative des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission). Sie spricht sich eindeutig für eine europäische Verteidigung und ein stärker konzertiertes außenpolitisches Handeln aus. Ihre Vorschläge sind vergleichsweise nicht besonders detailliert ausgearbeitet.

Ein weniger rauer Kurs bei den Extremen?

Von den zwölf Kandidaten sind sieben offen euroskeptisch (vier im linksextremen, drei im rechtsextremen Lager), wenn auch in unterschiedlichem Maße. Marine Le Pen von der extremen Rechten (Rassemblement national) und Jean-Luc Mélenchon von der extremen Linken (La France insoumise), beide ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments, kandidieren zum dritten Mal bei den Präsidentschaftswahlen. In diesem Jahr haben sie jedoch ihre Positionen deutlich abgemildert; sie haben festgestellt, dass extreme Positionen im europapolitischen Bereich keine Wähler mobilisiert (siehe Umfrage unten). So sprechen sie nicht mehr über den Austritt aus dem Euro und noch weniger über den Austritt aus der Europäischen Union. Auch wenn sie in ihren Reden weniger offensiv gegenüber dem europäischen Projekt auftreten, zielen ihre jeweiligen Programme darauf ab, die bestehenden Verträge in Frage zu stellen.

In einem Punkt sind sich die zwölf Präsidentschaftskandidaten jedoch einig: Sie sind alle für eine Infragestellung bzw. Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Während einige Kandidaten ihn nur modifizieren wollen (E. Macron, V. Péresse), wollen andere ihn durch einen anderen Mechanismus ersetzen (A. Hidalgo, Y. Jadot). Die Mehrheit der Kandidaten der extremen Parteien, plädiert für eine komplette Abschaffung des Pakts.

Europa: ein Thema, das nicht mobilisiert?

Europäische Themen sind in der französischen Debatte im Allgemeinen relativ gering vertreten. Dies liegt auch daran, dass die Europäische Union von der Mehrheit der französischen Politiker als bürgerfern, undemokratisch, technokratisch und ineffizient dargestellt wird. Europa, so der Diskurs, impliziert eine Aufgabe der nationalen Souveränität, schützt die Bürger nicht vor einer Globalisierung und vernichtet Arbeitsplätze und die französische Kultur. Zahlreiche Politiker stellen die europäischen Institutionen als Deutschland-dominiert dar.

Diese Lesart spiegelt sich auch in der Haltung der Franzosen gegenüber der EU wider. So sind 33% der Meinung, dass die Mitgliedschaft Frankreichs in der Europäischen Union mehr Nachteile als Vorteile mit sich bringt; 39% sehen ebenso viele Vorteile wie Nachteile und 27% meinen, dass es mehr Vorteile als Nachteile gibt. Allerdings sprechen sich nur 11% für einen Austritt aus der Europäischen Union aus. Bei der jüngeren Generation (18-24 Jahre) ist dieses Verhältnis etwas anders: Hier sind 39% der Ansicht, dass es mehr Vorteile als Nachteile gibt, und 39% sehen ebenso viele Vorteile wie Nachteile. Außerdem sprechen sie sich nicht gegen das technokratische Europa aus.

Allerdings ist diese Wählergruppe nicht sehr mobilisiert und fühlt sich von der Politik schlecht vertreten (61% der jungen Franzosen denken, dass sie von den Abgeordneten schlecht vertreten werden, und 69% halten die Politiker für korrupt). Vor allem sind ihre Hauptanliegen wie Klimawandel und die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten in der Debatte unterrepräsentiert. Darüber hinaus haben sich 2017 circa 25% der 18-24-jährigen ihrer Stimme enthalten, dieser Trend scheint sich auch in diesem Jahr fortzusetzen.

Die Pandemie und vor allem die Ukraine-Krise haben diese Dynamik verändert; europäische Persönlichkeiten sind in den französischen Medien stärker vertreten; Informationen zum Krieg dominieren die tägliche Berichterstattung, die normalerweise durch nationale Debatten geprägt ist. Im Kontext der Krise auf dem europäischen Kontinent, bei der die EU-Mitgliedstaaten bislang weitgehend Einigkeit demonstrierte haben, wird es für die Präsidentschaftskandidaten schwieriger, die Europäische Union pauschal zu kritisieren.